



UNTERNEHMENSREGISTER

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Unternehmensregister.

Informationen:

Internet-Adresse: www.unternehmensregister.de
Einstellungsdatum: 18. Dezember 2024
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH , Essen
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 241122015218
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH

Essen

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2023

Entwicklung der BGZ-Gruppe und der BGZ mbH

I Grundlagen des Unternehmens/der Gruppe

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen, (BGZ), ist zu 100 % ein Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

Die Aufgabe der BGZ ist die Erfüllung der Aufgaben eines mit der Zwischenlagerung beauftragten Dritten nach § 2 Abs. 1 Entsorgungsübergangsgesetz. Dazu gehören insbesondere die sichere Zwischenlagerung radioaktiver Reststoffe und Abfälle; die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Ingenieurleistungen und Transportleistungen im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung radioaktiver Reststoffe und Abfälle; die Beauftragung, Durchführung und Begleitung von damit in Zusammenhang stehenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten; Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sowie sonstige Tätigkeiten, die mit den vorgenannten in Zusammenhang stehen.

Der Auftrag der BGZ ergibt sich aus dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung. Damit wurden Ende 2016 die Verantwortlichkeiten für die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle neu geregelt: Die Betreiber der Kernkraftwerke sind nach diesem Gesetz für deren Stilllegung und Rückbau sowie die fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle zuständig. Die Durchführung und Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung liegt in der Verantwortung des Bundes.

Die Kernkompetenzen der BGZ mbH und der BGZ-Gruppe umfassen im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Lagerdienstleistungen
- Ingenieurdienstleistungen.

Die BGZ hält eine jeweils 100-prozentige Beteiligung an der Brennelementlager Gorleben GmbH, Gorleben, (BLG) und an der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH, Ahaus, (BZA). An der Kerntechnische Hilfsdienst GmbH, Eggenstein-Leopoldshafen, (KHG), hält die BGZ seit dem 01.01.2023 einen Anteil von 92,2 %. Die Geschäftsaktivitäten der KHG umfassen im Wesentlichen den Aufbau, Betrieb und Einsatz eines Kerntechnischen Hilfsdienstes als Einrichtung im Sinne des § 106 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV).

II Wirtschaftsbericht

1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) berichtet in seinem Konjunkturbericht 74 (4)¹ von Dezember 2023, dass sich in der zweiten Jahreshälfte die konjunkturelle Schwächephase in Deutschland fortgesetzt hat. So ist die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal leicht zurückgegangen und auch zum Jahresende zeichnet sich keine durchgreifende Besserung ab. Die Zurückhaltung der Konsumentinnen und Konsumenten ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Erholung nach dem Energiepreisschock bisher ausbleibt. Derzeit zeichnet sich noch keine Erholung des seit 2020 zu beobachtenden Rückgangs der Realeinkommen ab, sodass der private Konsum entsprechend noch rückläufig bleibt.

Das RWI schätzt, dass erst in 2024 die real verfügbaren Einkommen einen merklichen Teil ihrer vorherigen Verluste wieder ausgleichen haben werden und die Konsumzurückhaltung bei den privaten Haushalten nach und nach aufgegeben wird. Sinkende Zinsen sollen dem Konsum und den Investitionen wieder Auftrieb verleihen. Auch die Unternehmen werden ihre Investitionsnachfrage steigern und einen Teil ihrer aufgeschobenen Investitionen nachholen.

In 2023 rechnet das Institut mit einem Rückgang des BIP um 0,3 %. Für 2024 prognostiziert das RWI eine Ausweitung des BIP um 0,8 % und im Jahr 2025 um 1,4 %. Der Preisdruck soll im Prognosezeitraum weiter nachlassen. Es wird für 2023 eine Teuerung von 6,0 % erwartet, die in 2024 und 2025 auf 2,1 % und 1,8 % sinken soll.



Die deutsche Energiepolitik ist weiterhin von den erneuerbaren Energien, der eingeleiteten Energiewende allgemein sowie dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle geprägt. Aufgrund des „Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ vom 27.01.2017 (BGBl. I S. 114, 1222), in Kraft getreten gemäß Artikel 10 Standortauswahlgesetz (StandAG) am 16.06.2017, haben sich Zuständigkeiten und Verantwortungen beim Bund, den deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) und der BGZ verändert. Mit der in 2023 erfolgten Abschaltung der letzten im Leistungsbetrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland wird der sich anschließende Rückbau aller Anlagen die BGZ in den nächsten Jahren auch weiterhin stark beeinflussen.

¹ RWI-Konjunkturbericht 74 (4); <https://www.rwi-essen.de/publikationen/wissenschaftlich/konjunkturberichte>

2 Geschäftsverlauf

Mit dem im Berichtsjahr fortgesetzten Stellenaufbau wurden und werden sukzessive die Voraussetzungen für einen von den Kraftwerksbetreibern unabhängigen Lagerbetrieb geschaffen. Für die Herstellung eines autarken Zwischenlagerbetriebes an den Kraftwerksstandorten wurden von der BGZ die notwendigen Maßnahmen weiterverfolgt bzw. die entsprechenden Investitionen getätigt. An den Zwischenlagerstandorten für hochradioaktive Abfälle, bei denen eine Nachrüstung noch nicht erfolgt ist, wurden die Bauarbeiten bzw. Planungen und Genehmigungsverfahren fortgeführt.

Bei der BGZ waren in 2023 durchschnittlich rd. 603 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Die BGZ führt die von den Kraftwerksbetreibern zum 01.01.2019 übertragenen elf genehmigten dezentralen Standortzwischenlager für hochradioaktive Abfälle bzw. die ab 2020 übertragenen Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle als Betriebsstätten der BGZ.

Die zentralen Zwischenlager Ahaus und Gorleben werden, wie auch schon vor der Übertragung auf die BGZ, als Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben. Das Personal hierfür wird von der BGZ vorgehalten und die Lager werden im Rahmen von Betriebsführungsverträgen geführt. Die BGZ führt regelmäßig vor Ort den Dialog mit den Stakeholdern und berichtet über die Tätigkeiten an den Standorten. Darüber hinaus hatte BGZ (bis zum 12.12.2023) die Aufgabe, im Auftrag des BMUV das Logistikzentrum für das Endlager Konrad (LoK) zu planen und zu errichten. Das BMUV entschied am 12.12.2023, das Vorhaben zu beenden. Die BGZ wird nun ihre vorhandenen Planungen für eine dezentrale Belieferung des Endlagers Konrad intensiv verfolgen, die bereits vorsorglich parallel zu den Arbeiten am LoK begonnen wurden.

Die KHG hält das zur Eindämmung und Beseitigung der durch Unfälle oder Störfälle entstandenen Gefahren innerhalb von Kontrollbereichen und betrieblichen Überwachungsbereichen erforderliche Personal und die erforderlichen Hilfsmittel vor.

Die derzeitige und künftige Finanzierung des Zwischenlagerbetriebs der BGZ-Gruppe ist durch die Finanzierung der laufenden Kosten über den genehmigten Bundeshaushalt jederzeit sichergestellt. Gemäß § 4 Abs. 1 EntsorgÜG sind sämtliche Aufwendungen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle (Zwischenlagerung) nach dem EntsorgÜG vollständig refinanzierbar. Sie werden dem Bund vom Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO) erstattet. Die Aufgabe der Refinanzierung obliegt dem BMUV.

Forschung und Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2023 wurde das Forschungsprogramm aktualisiert und die durch das Forschungsprogramm initiierten Projekte im Zusammenhang mit Behältern, Inventaren und Gebäuden weiter fortgeführt. Die einzelnen Forschungsprojekte werden wesentliche Bausteine der Genehmigungsverfahren für die verlängerte Zwischenlagerung sein. Einen Schwerpunkt der Forschung der BGZ bilden dabei die Untersuchungen an den Metaldichtungen der Behälter (MSTOR - Metal Seals during long-term Storage) und die Langzeituntersuchungen an Brennstäben (LEDA - Longterm Experimental Dry storage Analysis). MSTOR dient dem Nachweis der Behälterdichtheit über lange Zeiträume. Die Laufzeit des Projektes ist auf mindestens zehn Jahre ausgelegt. Im Rahmen des Projektes LEDA werden in den Laboren von der Firma Studsvik AB in Schweden bestrahlte Brennstabsegmente unter Bedingungen der trockenen Zwischenlagerung untersucht. Die mehrjährigen Untersuchungen finden im engen Austausch mit nationalen und internationalen Partnern aus Wissenschaft und Industrie statt und dienen dem Nachweis des Brennelementeverhaltens.

Im Rahmen des Forschungsprogramms wurde an der Technischen Universität München eine Forschergruppe von der BGZ aufgebaut, um ihre Forschung im akademischen Umfeld auszubauen, beispielsweise im Bereich der nichtinvasiven Zustandsüberwachung von Brennelementen in Transport- und Lagerbehältern (Myonentomographie) Es ist vorgesehen, weitere Forschungsvorhaben mit Partnern aus der Forschung und Industrie umzusetzen.

Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand belief sich in 2023 auf 9,8 Mio. €.

3 Lage des Unternehmens/Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen/BGZ-Gruppe

Die Finanzierung der Aufwendungen zur Durchführung der Aufgaben der BGZ erfolgt auf der Grundlage des jährlichen, vom BMUV genehmigten Wirtschaftsplans. Ein Aufwendungsüberhang, der aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Dritter nach § 2 Abs. 1 EntsorgÜG resultiert, wird vom BMUV vollständig ausgeglichen. Im Berichtsjahr wurden der BGZ-Gruppe 219.784 T€ für laufende Kosten und 153.510 T€ für Investitionen erstattet. Primäres Ziel der BGZ ist die sichere Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen. Dabei hat die Gesellschaft die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nach § 7 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung (BHO) zu beachten.

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2023	2022
	€	€
Umsatzerlöse	9.680.933,74	4.489.199,80
Andere aktivierte Eigenleistungen	8.999.531,63	7.777.778,28
Sonstige betriebliche Erträge	228.042.918,97	215.193.475,86



	2023	2022
	€	€
Materialaufwand	132.835.463,09	116.242.655,05
Personalaufwand	62.503.091,90	52.786.781,31
Abschreibungen	7.028.622,75	5.710.762,93
Sonstige betriebliche Aufwendungen	43.319.216,66	42.369.301,09
Zinsergebnis	2.453.471,28	-2.623.543,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.107.496,92	7.357.216,37
Ergebnis nach Steuern	382.964,30	370.194,00
Sonstige Steuern	153.010,14	136.670,83
Jahresüberschuss	229.954,16	233.523,17

Die Umsatzerlöse entfallen im Wesentlichen auf die Bereiche Lagerdienstleistungen mit 4.464 T€, Leistungen für die Störfallvorsorge gem. § 106 StrlSchV mit 3.357 T€ und auf Ingenieurdienstleistungen mit 1.075 T€.

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres in Höhe von 219.784 T€.

Der Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (887 T€) sowie bezogene Leistungen (131.948 T€).

Der Personalaufwand beinhaltet neben den Löhnen und Gehältern sowie den Sozialabgaben die Aufwendungen für Altersversorgung (4.566 T€).

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen des Anlagevermögens belaufen sich auf 7.029 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen mit 12.063 T€ auf Rückstellungszuführungen, 7.594 T€ auf Wartungs- und Instandhaltungskosten, 3.850 T€ auf Miet-/Leasingaufwendungen, 2.994 T€ auf Aufwendungen für Ansiedlungsverträge, 2.894 T€ auf Energieaufwendungen sowie 1.598 T€ auf EDV-Dienstleistungen.

Das positive Zinsergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen (2.690 T€).

Insgesamt wurde ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 383 T€ erzielt. Nach Abzug der sonstigen Steuern in Höhe von 153 T€ beläuft sich der Konzern-Jahresüberschuss auf 230 T€.

Das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2023 war insgesamt positiv.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Anlagevermögen	33.325.884,33	34.933.565,22
Umlaufvermögen und RAP	191.726.329,13	160.824.628,96
Bilanzsumme	225.052.213,46	195.758.194,18
Eigenkapital	3.563.267,87	3.246.619,67
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	26.275.420,46	31.948.925,62
Rückstellungen	165.407.219,78	150.270.291,89
Verbindlichkeiten, RAP und passive latente Steuern	29.806.305,35	10.292.357,00
Bilanzsumme	225.052.213,46	195.758.194,18



Die Aktivierung des Anlagevermögens erfolgt seit Gründung der BGZ-Gruppe nach der Nettomethode. Hierbei werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit dem erhaltenen Zuschuss direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2023 belaufen sich auf 153.510 T€. Der Betrag wurde in gleicher Höhe mit den Erstattungen des BMUV verrechnet. Bei der seit 01.01.2023 zur BGZ-Gruppe hinzugekommenen KHG erfolgt die Aktivierung nach der Bruttomethode. Die Anschaffungskosten für 2023 belaufen sich auf 1.727 T€.

Das Umlaufvermögen setzt sich aus den Vorräten mit 8.501 T€, den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen mit 176.658 T€ und den flüssigen Mitteln mit 4.289 T€ zusammen.

Die Vorräte beinhalten die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit 2.530 T€ und die geleisteten Anzahlungen für Vorräte mit 5.971 T€.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 2.078T€, gegen Gesellschafter mit 160.233 T€ sowie den sonstigen Vermögensgegenständen mit 14.347 T€.

Das Eigenkapital enthält das gezeichnete Kapital (25 T€), die Kapitalrücklagen (1.210 T€), die Gewinnrücklage (1.778 T€), den Konzern-Bilanzgewinn mit 541 T€ und nicht beherrschende Anteile mit 9 T€.

In den Rückstellungen sind Pensionsverpflichtungen mit 56.573 T€, Steuerrückstellungen mit 1.281 T€ und sonstige Rückstellungen mit 107.553 T€ enthalten. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (11.013 T€), Rückstellungen für Stilllegungs- und Entsorgungskosten (92.546 T€) sowie für sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 3.686 T€.

Die Verbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (28.329 T€) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.323 T€. Darin enthalten sind im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden 684 T€. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Fälligkeit von bis zu einem Jahr.

Bei den Investitionen (153.510 T€) der BGZ-Gruppe in 2023 handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen für die Nachrüstung der zentralen Zwischenlager und IT-Ausrüstung. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Erstattungen aus dem Bundeshaushalt.

Die Kapitalstruktur der BGZ-Gruppe setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Kurzfristige Vermögenswerte	184.235.603,07	160.824.628,96
Langfristige Vermögenswerte	40.816.610,39	34.933.565,22
Vermögenswerte	225.052.213,46	195.758.194,18
Kurzfristiges Fremdkapital	46.094.630,28	36.006.137,74
Langfristiges Fremdkapital	149.118.894,85	124.556.511,15
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	26.275.420,46	31.948.925,62
Eigenkapital	3.563.267,87	3.246.619,67
Eigenkapital und Schulden	225.052.213,46	195.758.194,18

Der Cashflow der BGZ-Gruppe aus der laufenden Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 31.12.2023 stellt sich wie folgt dar:

	2023	2022
	€	€
Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	229.954	233.523
Abschreibungen/Zuschreibungen	7.028.623	5.710.763
Erhöhung/Verminderung der Rückstellungen	5.436.108	24.559.245
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.673.505	-5.731.952
Erhöhung/Verminderung der Vorräte/Forderungen	-15.495.366	-30.445.100
Erhöhung/Verminderung der Verbindlichkeiten	16.221.560	-2.075.715
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-2.453.471	2.623.543
erhaltene/gezahlte Zinsen	136.850	0

	2023	2022
	€	€
Ertragsteuerzahlungen	-6.333.231	-2.525.492
Ertragsteueraufwand/-ertrag	3.107.497	7.357.216
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.205.018	-293.969

Die flüssigen Mittel betragen zum Jahresende rd. 4.289 T€.

Die BGZ-Gruppe kann ihren Zahlungsverpflichtungen aufgrund der vom Gesellschafter im Rahmen des Konzern-Wirtschaftsplans genehmigten Finanzmittel jederzeit nachkommen.

Für die Jahre 2024 und 2025 rechnet die BGZ-Gruppe mit Investitionen von 209.557 T€ bzw. 305.938 T€. Hierbei handelt es sich u. a. um Investitionen für den Bau bzw. die Nachrüstung und Autarkie der Standortzwischenlager. Die Auswirkungen der Beendigung des Vorhabens zur Errichtung des LoK und der damit einhergehenden vollständigen dezentralen Anlieferung an das Endlager Konrad auf den Investitionsplan werden derzeit neu bewertet.

Kennzahlen/BGZ mbH

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2023	2022
	€	€
Umsatzerlöse	33.062.533,36	28.892.513,17
Andere aktivierte Eigenleistungen	7.856.043,34	6.674.848,27
Sonstige betriebliche Erträge	190.067.857,24	180.565.926,88
Materialaufwand	135.005.448,93	116.242.404,52
Personalaufwand	59.064.771,08	52.759.524,63
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.104.908,01	37.419.386,80
Beteiligungsergebnis	238.156,00	237.666,00
Zinsergebnis	2.216.949,06	-2.430.592,05
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.981.695,41	7.249.108,76
Ergebnis nach Steuern	284.715,57	269.937,56
Sonstige Steuern	59.715,57	44.937,56
Jahresüberschuss	225.000,00	225.000,00

Die Umsatzerlöse entfallen im Wesentlichen auf die Bereiche Lagerdienstleistungen (31.277 T€) und Ingenieurdienstleistungen (1.067 T€).

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres in Höhe von 187.411 T€.

Der Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (695 T€) und bezogene Leistungen (134.310 T€).

Der Personalaufwand (59.065 T€) beinhaltet die Aufwendungen für Altersversorgung (3.781 T€).

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2023 keine Abschreibungen an.



Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 36.105 T€. Davon entfallen im Wesentlichen auf Rückstellungszuführung 9.724 T€, auf Wartungs- und Instandhaltungskosten 7.024 T€, auf Miet-/Leasing-Aufwendungen 4.218 T€, auf Energie- und Reinigungskosten 3.289 T€, auf Versicherungen 1.224 T€ sowie auf EDV-Dienstleistungen 1.491 T€.

Das Beteiligungsergebnis beträgt 238 T€.

Das positive Zinsergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen (-2.240 T€).

Insgesamt wurde ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 285 T€ erzielt. Nach Abzug der sonstigen Steuern von 60 T€ beläuft sich der Jahresüberschuss auf 225 T€.

Das Geschäftsjahr 2023 war für BGZ ein insgesamt positives Jahr.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Anlagevermögen	23.570,55	5.005,55
Umlaufvermögen, RAP	158.096.424,62	139.240.550,51
Bilanzsumme	158.119.995,17	139.245.556,06
Eigenkapital (vor Gewinnverwendung)	3.160.141,00	2.935.141,00
Rückstellungen	120.829.117,36	119.120.890,90
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	34.130.736,81	17.189.524,16
Bilanzsumme	158.119.995,17	139.245.556,06

Die Aktivierung des Anlagevermögens erfolgt nach der Nettomethode. Hier werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit dem erhaltenen Zuschuss direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2023 belaufen sich auf 150.188 T€, die in gleicher Höhe vom BMUV erstattet wurden.

Das Umlaufvermögen setzt sich im Wesentlichen aus den Vorräten mit 8.178 T€, den Forderungen mit 138.808 T€, den sonstigen Vermögensgegenständen mit 5.857 T€ und den flüssigen Mitteln mit 3.017 T€ zusammen.

Die Vorräte beinhalten die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit 2.207 T€ sowie die geleisteten Anzahlungen für Vorräte mit 5.971 T€.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 444 T€, gegenüber verbundenen Unternehmen mit 3.968 T€, gegen Gesellschafter mit 134.395 T€ sowie den sonstigen Vermögensgegenständen mit 5.857 T€.

Das Eigenkapital enthält das gezeichnete Kapital (25 T€), die Kapitalrücklage (1.210 T€), die Andere Gewinnrücklage (1.700 T€) sowie den Jahresüberschuss mit 225 T€.

In den Rückstellungen sind Pensionsverpflichtungen mit 44.614 T€, sonstige Rückstellungen mit 74.946 T€ sowie Steuerrückstellungen mit 1.270 T€ enthalten. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 10.935 T€ und für Stilllegungs- und Entsorgungskosten (60.310 T€).

Die Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (27.207 T€), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 6.148 T€ sowie Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden (648 T€).

Die Investitionen der BGZ (150.188 T€) in 2023 beziehen sich im Wesentlichen auf die Geschäftsausstattung und Anzahlungen auf Anlagen im Bau.

Die Kapitalstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Kurzfristige Vermögenswerte	158.096.424,62	139.240.550,51
Langfristige Vermögenswerte	23.570,55	5.005,55



	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Vermögenswerte	158.119.995,17	139.245.556,06
Kurzfristiges Fremdkapital	50.035.543,71	42.813.786,41
Langfristiges Fremdkapital	104.924.310,46	93.496.628,65
Eigenkapital*	3.160.141,00	2.935.141,00
Eigenkapital und Schulden	158.119.995,17	139.245.556,06

* nach vorgesehener Thesaurierung

Die BGZ beschäftigte 638 Mitarbeiter*innen inkl. Auszubildende und Aushilfskräfte zum 31.12.2023.

Kennzahlen/Tochtergesellschaften

Die Umsätze der BLG (270 T€) und BZA (4.269 T€) beinhalten die Aufwandsabrechnung für das Jahr 2023 an die Drittkunden. Die Umsätze der KHG (6.815 T€) beinhalten die Betriebskostenübernahme und Drittkundenabrechnungen. Die sonstigen Erträge der BLG (21.771 T€) und BZA (10.602 T€) beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres. Die sonstigen Erträge der KHG beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (835 T€).

Das Abfalllager in Gorleben (AZG) ist zu ca. 64 % ausgelastet. Im Transportbehälterlager Gorleben (BZG) befinden sich 113 Behälter. Im Brennelement-Zwischenlager Ahaus befinden sich insgesamt 329 Brennelementbehälter, und es ist damit zu ca. 27 % ausgelastet.

4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter*innen

Im Berichtsjahr konnten vakante Fach- und Führungspositionen bedarfs- und qualifikationsgerecht besetzt werden. Im Kalenderjahr 2023 wurden insgesamt 107 Mitarbeiter*innen eingestellt. Dagegen haben 24 Mitarbeiter*innen das Unternehmen verlassen, davon sind vier Mitarbeiter*innen in den Ruhestand gegangen. Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2023 bei 3,3 %. Mit Konsolidierung der KHG zum 01.01.2023 sind 22 Mitarbeiter*innen hinzugekommen. Zum 31.12.2023 waren im Konzern somit 644 Mitarbeiter*innen beschäftigt.

Des Weiteren wurden zum 31.12.2023 sieben Auszubildende und neun Aushilfskräfte beschäftigt. Die Auszubildenden werden als Industriekaufleute, Fachinformatiker*innen für Systemintegration und Elektroniker*innen für Betriebstechnik ausgebildet.

5 Zielgrößen und Fristen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern

Die Geschäftsführung der BGZ legt zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern gemäß § 36 GmbHG für die beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung eine Zielgröße von 31 % mit einer Frist bis zum 31.12.2026 fest. Zurzeit beträgt der Anteil weiblicher Mitarbeiterinnen in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung 12,7 %.

Die derzeitige Arbeitsmarktlage spiegelt immer noch eine historisch stark männlich geprägte Fachkompetenz im Bereich der Kernenergie wider. Daher handelt es sich bei der von der Geschäftsführung festgelegten Zielgröße um ein sehr ambitioniertes Ziel.

Die BGZ bemüht sich seit längerer Zeit schon selbst um gezielte Ansprache und Weiter- und Bildungsmaßnahmen von weiblichen Bewerbern und bei der Entwicklung, Frauen zu eigenen Führungskräften auszubilden.

6 Risiko- und Chancenbericht

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken.

BGZ betreibt mittels organisatorischer Sicherungsmaßnahmen und interner Kontrollsysteme ein kontinuierliches konzerneinheitliches Früherkennungssystem. BGZ setzt im Sinne der Risikoerkennung verschiedene Kontrollwerkzeuge ein, um die aktuelle Unternehmenssituation laufend zu erfassen und bei Abweichungen entgegenzuwirken. Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sichern integrierte Kontrollen die Richtigkeit und Vollständigkeit.

Branchenspezifisches Risiko und Chancen

Die BGZ geht davon aus, dass der begonnene Suchprozess für das HAW-Endlager und dessen Errichtung für die längerfristige Zukunft teilweise erhebliche Auswirkungen auf einzelne Bereiche und Standorte der BGZ haben wird. Auch die Inbetriebnahme des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird das Geschäft der BGZ zukünftig beeinflussen.

Bewertung der gegenwärtigen Risikoposition

Der Betrachtungszeitraum entspricht dem Prognosezeitraum von einem Jahr. Als Ergebnis unserer Analyse von Risiken, Gegenmaßnahmen, Absicherungen und Vorsorgen sind auf Basis der gegenwärtigen Risikobewertung keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden.



Das gesamte Geschäftsfeld der BGZ besteht im Wesentlichen aus Ingenieur- und Lagerdienstleistungen.

7 Ausblick/Ergebnisentwicklung (BGZ mbH und BGZ-Gruppe)

Die Umsatz-, Aufwands-, Ergebnis-, Personal- und Investitionsplanungen für 2024 sind in einem mit dem Gesellschafter festgelegten Wirtschaftsplan beschrieben. Dieser Wirtschaftsplan ist eingebunden in eine mittelfristige Finanzplanung, die jährlich aktualisiert und mit dem Gesellschafter abgestimmt wird.

Aufgrund der Finanzierungszusagen des BMUV geht BGZ auch für 2024 von einer auf dem Niveau von 2023 liegenden nachhaltigen positiven Ergebnissituation aus. Die Liquidität der BGZ-Gruppe ist weiterhin gesichert.

Die Genehmigung für das HAW-Zwischenlager in Brunsbüttel wird in 2024 erwartet. Mit der Genehmigungserteilung soll auch das letzte verbliebene Zwischenlager für HAW-Abfälle auf die BGZ übertragen werden. Die vertraglichen Grundlagen für die Übertragung des Zwischenlagers wurden weitestgehend vorbereitet.

Die Inbetriebnahme des Zwischenlagers Brunsbüttel (AZT [Lasma*]) wird in 2024 und des Zwischenlagers Krümmel (AZK [Lasma a.Z.*]) in 2025 erwartet.

* Die Lager werden bei der BGZ unter neuer Bezeichnung geführt.

Weiterhin wird die Gesellschaft auch in 2024 die Maßnahmen zur erforderlichen Nachrüstung der HAW-Zwischenlager und die Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung eines autarken Zwischenlagerbetriebs an den Kernkraftwerkstandorten verfolgen.

Zukunftsbezogene Aussagen

Alle Ausführungen, insbesondere zu den zukünftigen Entwicklungen, beruhen auf Annahmen und Einschätzungen der BGZ aus Informationen, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung zur Verfügung standen. Diese Ausführungen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen, weshalb die tatsächlichen Ergebnisse abweichen können.

Die Gesellschaft hat die Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes für 2022 im Mai 2023 abgegeben und diese auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung für das Jahr 2023 soll im Juni 2024 veröffentlicht werden.

Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVA

	Anhang	Stand am 31.12.2023 €	Stand am 31.12.2022 €
Anlagevermögen	(4)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	0,00
Sachanlagen		0,00	0,00
Finanzanlagen		23.570,55	5.005,55
		23.570,55	5.005,55
Umlaufvermögen			
Vorräte	(5)	8.177.707,14	7.143.205,84
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(6)	144.665.677,61	130.052.131,94
Flüssige Mittel	(7)	3.017.445,69	768.763,43
		155.860.830,44	137.964.101,21
Rechnungsabgrenzungsposten		2.235.594,18	1.276.449,30
		158.119.995,17	139.245.556,06

**PASSIVA**

	Anhang	Stand am 31.12.2023 €	Stand am 31.12.2022 €
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(8)	25.000,00	25.000,00
Kapitalrücklage	(9)	1.210.141,00	1.210.141,00
Gewinnrücklagen	(10)	1.700.000,00	1.475.000,00
Jahresüberschuss		225.000,00	225.000,00
		3.160.141,00	2.935.141,00
Rückstellungen	(11)	120.829.117,36	119.120.890,90
Verbindlichkeiten	(12)	34.130.736,81	17.189.524,16
		158.119.995,17	139.245.556,06

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Anhang	2023 €	2022 €
Umsatzerlöse	(14)	33.062.533,36	28.892.513,17
Andere aktivierte Eigenleistungen		7.856.043,34	6.674.848,27
Sonstige betriebliche Erträge	(15)	190.067.857,24	180.565.926,88
Materialaufwand	(16)	135.005.448,93	116.242.404,52
Personalaufwand	(17)	59.064.771,08	52.759.524,63
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	36.104.908,01	37.419.386,80
Beteiligungsergebnis	(19)	238.156,00	237.666,00
Zinsergebnis	(20)	2.216.949,06	-2.430.592,05
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	2.981.695,41	7.249.108,76
Ergebnis nach Steuern		284.715,57	269.937,56
Sonstige Steuern	(22)	59.715,57	44.937,56
Jahresüberschuss		225.000,00	225.000,00
Gewinnvortrag		225.000,00	225.000,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen		-225.000,00	-225.000,00
Bilanzgewinn		225.000,00	225.000,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Allgemeines

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) mit Sitz in Essen ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss wurde auf Rechtsgrundlage von § 65 Abs. 1 Nr. 4 Bundeshaushaltsordnung (BHO) nach den Kriterien für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Essen unter der Registernummer HRB 27981 eingetragen.

Mit Notarvertrag vom 07.05.2020 wurden zwölf Zwischenlager (LAW) der Kernkraftwerksbetreiber rückwirkend zum 01.01.2020 auf die BGZ unentgeltlich abgespalten. Mit der Abspaltung nach dem Umwandlungsgesetz auf die BGZ wurde die dingliche Zuordnung der Zwischenlager entsprechend bewirkt. Für die sechs Zwischenlager, die sich zum 01.01.2020 in Betrieb befanden - Biblis (AZB 1 [LAW-Lager*], AZB 2 [LAW 2*]), Obrigheim (AZO [Bau 39/52*]), Unterweser (AZU 1 [LUW*]), Stade (AZS [LarA*]) und Würgassen (AZW [Transportbereitstellungshalle*]) - gelten seitdem alle Handlungen der Kraftwerksbetreiber, die das abzusplattende Vermögen betreffen, als für Rechnung der BGZ vorgenommen.

Im Hinblick auf die sechs zum 01.01.2020 in Errichtung befindlichen bzw. noch nicht in Betrieb genommenen Zwischenlager wurden vertragliche Regelungen dergestalt getroffen, dass die Zwischenlager erst ab deren Inbetriebnahme wirtschaftlich und betrieblich der BGZ zugeordnet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt verbleiben sie im Verantwortungsbereich der Kernkraftwerksbetreiber. Die Zwischenlager Unterweser (AZU 2 [LunA*]), Philippsburg (AZP [SAL KKP*]) und Neckarwestheim (AZN [SAL GKN*]) wurden bereits im Verlauf des Jahres 2020 in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme des Zwischenlagers in Grafenrheinfeld (AZR [BeHa*]) erfolgte in 2021, die des Zwischenlagers Brunsbüttel (AZT [LasmA*]) wird 2024 und des Zwischenlagers Krümmel (AZK [LasmA a.Z.*]) in 2025 erwartet. Ab dem Inbetriebnahmezeitpunkt sind die Zwischenlager wirtschaftlich in Gänze der BGZ zuzuordnen.

Der Jahresabschluss der BGZ wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde die Bilanzgliederung um den Posten „Forderungen gegen Gesellschafter“ erweitert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

* Die Lager werden bei der BGZ unter neuer Bezeichnung geführt.

Soweit für Pflichtangaben das Wahlrecht besteht, diese in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang aufzuführen, sind diese Angaben grundsätzlich im Anhang dargestellt.

Der Lagebericht der BGZ für das Jahr 2023 wurde in Anwendung von § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB mit dem Konzern-Lagebericht des BGZ-Konzerns zusammengefasst.

(1) Mutterunternehmen

Das Mutterunternehmen BGZ stellt einen Konzern-Abschluss gemäß § 290 HGB für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen auf, der im Bundesanzeiger offengelegt wird.

(2) Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der BGZ umfasst folgende Unternehmen:

	BGZ-Anteil	Eigenkapital*	Ergebnis*
	%	€	€
Brennelementlager Gorleben GmbH, Gorleben (BLG)	100,00	160.324,00	125.000,00
Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH, Ahaus (BZA)	100,00	496.478,00	100.000,00
Kerntechnische Hilfsdienst GmbH, Eggenstein- Leopoldshafen (KHG), seit 01.01.2023	92,20	114.114,59	3.850,00

* Geschäftsjahr 2023

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2023 keine Abschreibungen an.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit einem Zuschuss in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode). Entsprechend fallen in 2023 keine Abschreibungen an.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundene Unternehmen an der KHG werden zu Anschaffungskosten bewertet.



Für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe hat in 2023 die Festwertinventur stattgefunden. Der neue Festwert für die nächsten drei Jahre beträgt 2.207 T€. Die nächste Aufnahme wird zum 31.12.2026 stattfinden.

Die geleisteten Anzahlungen auf Vorräte sind zu Nennwerten erfasst.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt.

Flüssige Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden geleistete Vorauszahlungen, die Aufwendungen für bestimmte zukünftige Zeiträume betreffen, zeitanteilig abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert. Bei den ausgewiesenen Rücklagen handelt es sich um eine Kapital- und eine Gewinnrücklage.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwert (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Als biometrische Grundlage wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 1,83 % zum 31.12.2023. Unter Berücksichtigung einer geringen Fluktuation wurden Rentenanpassungen mit 1,0 % bzw. 2,0 % p. a. und ein Gehaltstrend von 3,0 % eingerechnet.

Die Pensionsverpflichtungen (44.614 T€) zum 31.12.2023 beinhalten einen Zinsanteil von 160 T€. Aufgrund der Änderung der Bewertungsgrundlage des Marktzins von sieben auf zehn Jahre ergibt sich ein ausschüttungsgesperrter Betrag in Höhe von 949 T€.

Soweit Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB vorliegt, entspricht die ausgewiesene Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen grundsätzlich dem Saldo des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages und des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus dem Deckungsvermögen mit den Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtung saldiert und im Zinsergebnis erfasst.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf die Geschäftstätigkeit des laufenden Jahres. Die sonstigen Steuern entfallen im Wesentlichen auf Grundsteuern.

Sonstige Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und berücksichtigen auch zukünftige Kostensteigerungen. Langfristige Rückstellungen werden entsprechend den handelsgesetzlichen Vorgaben abgezinst. Mit fortschreitendem Zeitverlauf werden die Rückstellungen neuen Erkenntnisgewinnen angepasst. Analog zu den Pensionsrückstellungen wurden die Rückstellungen für Jubiläums- und Sterbegeldverpflichtungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) gebildet. Für die Bewertung zum 31.12.2023 wurde abweichend zu den Pensionsrückstellungen der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre zugrunde gelegt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Für die Bewertung zum 31.12.2023 wurde der entsprechende Zinssatz auf Basis der zum 30.11.2023 veröffentlichten Zinssatzinformationen auf den 31.12.2023 extrapoliert. Dieser Zinssatz beträgt 1,75 %.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen Rechnung getragen.

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der jeweiligen Bilanzpositionen ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes von 30,25 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Eine insgesamt sich hieraus ergebende Steuerentlastung würde in der Bilanz als aktive latente Steuer (22.941 T€) angesetzt werden. Die Gesellschaft macht von ihrem Aktivierungswahlrecht keinen Gebrauch.

Bilanzerläuterungen

(4) Anlagevermögen

Die Gliederung und Entwicklung der in der Bilanz zusammengefassten Anlagepositionen sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt. Die Aktivierung der Vermögensgegenstände erfolgt nach der Nettomethode. Hier werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit den erhaltenen Zuschüssen direkt verrechnet. Die Anschaffungskosten für 2023 belaufen sich auf 150.188 T€. In gleicher Höhe wurden erhaltene Zuschüsse verrechnet.

(5) Vorräte

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.206.759,00	1.339.291,29
Geleistete Anzahlungen	5.970.948,14	5.803.914,55
	8.177.707,14	7.143.205,84

(6) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023	davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr	31.12.2022
	€	€	€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	444.499,52	-	326.272,24
Forderungen an verbundene Unternehmen	3.968.474,11	-	3.308.992,66
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	-	603.720,75
Forderungen gegen Gesellschafter	134.395.415,17	-	123.861.747,34
Sonstige Vermögensgegenstände	5.857.288,81	-	1.951.398,95
	144.665.677,61	-	130.052.131,94

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in voller Höhe aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen an verbundene Unternehmen beinhaltet eine Forderung (999 T€) gegen die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG), da die BGZ mbH seit dem 01.01.2023 ihre Anteile von 19,58 % um 72,62 % auf 92,2 % an der KHG erhöht hat. Im Vorjahr wurde diese Forderung unter der Position „Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ ausgewiesen (Vorjahreswert 604 T€).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen die Forderung gegen deutsche Finanzbehörden aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag (5.566 T€).

(7) Flüssige Mittel

Unter den flüssigen Mitteln sind Kassenbestände sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammengefasst (3.017 T€).

(8) Gezeichnetes Kapital

Die Geschäftsanteile werden von folgendem Gesellschafter gehalten:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Bundesrepublik Deutschland	25.000,00	25.000,00
	25.000,00	25.000,00

(9) Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage (1.210 T€) der BGZ stammt aus der im Rahmen der Abspaltung des Lagerbetriebs von der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) zugegangenen Reinvermögensmehrung.

(10) Andere Gewinnrücklagen

In die Bilanzposition „Andere Gewinnrücklagen“ wurde der Jahresüberschuss 2022 (225 T€) eingestellt.

(11) Rückstellungen

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	44.614.005,09	40.600.199,79
Steuerrückstellungen	1.269.563,79	1.065.718,00
Sonstige Rückstellungen.	74.945.548,48	77.454.973,11
	120.829.117,36	119.120.890,90

Rückstellungspflichtige Pensionsverpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 46.370 T€ (Vorjahr 42.224 T€). Diese wurden mit Deckungsvermögen (1.756 T€, Vorjahr 1.624 T€) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Zur Insolvenzsicherung eines Teils der Pensionsverpflichtungen besteht zwischen BGZ und dem Helaba Pension Trust e.V. ein doppelseitiges Treuhandmodell.

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens in Höhe von 1.756 T€ (Vorjahr 1.624 T€) wurde, soweit es sich um Fondsanteile handelt, vom Helaba Pension Trust e.V. unter Zuhilfenahme von Börsenkursen beziehungsweise allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zum Abschlussstichtag abgeleitet. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens (Fondsanteile) betragen 1.904 T€ (Vorjahr 1.879 T€).

Den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen liegen die „Richttafeln 2018 G“ zugrunde.

Sonstige Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Ausstehende Rechnungen	10.934.655,37	21.220.110,99
Entsorgungsverpflichtungen	60.310.305,37	52.896.428,86
Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft	3.460.700,62	3.145.773,26

(12) Verbindlichkeiten

	31.12.2023				31.12.2022
	€	davon mit einer Restlaufzeit			€
		bis zu einem Jahr	von mehr als einem Jahr	von mehr als fünf Jahren	
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.206.701,19	27.206.701,19	-	-	7.679.075,70
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.148.024,42	6.148.024,42	-	-	7.480.356,17
Sonstige Verbindlichkeiten	776.011,20	776.011,20	-	-	2.030.092,29
	34.130.736,81	34.130.736,81	-	-	17.189.524,16

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Verbindlichkeiten aus dem Verrechnungs- und Finanzverkehr (11.083 T€), die mit Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (4.935 T€) verrechnet wurden.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Verbindlichkeiten aus Steuern	647.844,66	1.993.745,95
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	43,00
	647.844,66	1.993.788,95

Sämtliche Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Besondere Sicherheiten für die Verbindlichkeiten bestehen nicht.

(13) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen beinhalten:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Aus Bestellobligo	405.273.648,00	400.332.415,00
Aus Mietverpflichtungen 01.01.2023 bis 31.12.2028	17.742.308,00	10.623.765,47
Aus Miet-/Leasing-Raten 01.01.2023 bis 07.03.2028	698.981,34	1.428.046,56

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(14) Umsatzerlöse

	2023	2022
	€	€
Lagerdienstleistungen	31.276.727,50	27.970.952,41
Ingenieurdienstleistungen	1.066.944,40	607.339,02
Sonstige	718.861,46	314.221,74
	33.062.533,36	28.892.513,17

Sämtliche Umsätze wurden in Deutschland erzielt.

(15) Sonstige betriebliche Erträge

Hierin sind im Wesentlichen die Erstattung der laufenden Kosten des Geschäftsjahres durch den Gesellschafter in Höhe von 187.411 T€ sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.009 T€) enthalten. Darin enthalten ist der Betrag für die Auflösung der Rückstellung für ausstehende Rechnungen (515 T€).

(16) Materialaufwand

	2023	2022
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	695.405,88	1.143.288,36
Aufwendungen für bezogene Leistungen	134.310.043,05	115.099.116,16
	135.005.448,93	116.242.404,52

(17) Personalaufwand

	2023	2022
	€	€
Löhne und Gehälter	46.680.369,09	41.339.648,29
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.384.401,99	11.419.876,34
(davon für Altersversorgung)	(3.780.919,64)	(4.232.695,57)
	59.064.771,08	52.759.524,63

Mitarbeiter*innen (Jahresdurchschnitt)

	2023	2022
Gewerbliche Arbeiter*innen	2	11
Angestellte	601	532
	603	543

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten:

	2023	2022
	€	€
Mietaufwendungen und Leasing-Gebühren	4.218.461,24	3.981.175,88
Zuführung Rückstellungen	9.724.118,56	13.273.754,34
Versicherungen	1.223.883,60	1.820.489,44
Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung	7.024.409,83	5.401.182,55
EDV-Dienstleistungen	1.490.970,10	1.413.388,80
Energie und Reinigung	3.288.809,21	2.596.188,23
Übrige	9.134.255,47	8.933.207,56
	36.104.908,01	37.419.386,80

(19) Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis der BGZ beträgt 238 T€.

(20) Zinsergebnis

	2023	2022
	€	€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.377.093,06	2.328,00
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(0,00)	(0,00)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-160.144,00	-2.432.920,05
(davon an verbundene Unternehmen)	(0,00)	(0,00)
	2.216.949,06	-2.430.592,05

Das Zinsergebnis beinhaltet Erträge aus der Abzinsung (2.240 T€; Vorjahr 0 T€) und Aufwendungen aus der Aufzinsung (-160 T€; Vorjahr -2.433 T€) der Pensionsverpflichtungen sowie sonstiger langfristiger Rückstellungen).

Die Erträge aus dem Deckungsvermögen (25 T€; Vorjahr 23 T€) und aus der Bewertung des Deckungsvermögens zum beizulegenden Zeitwert (108 T€) sind im Finanzergebnis unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Erträge“ enthalten.

(21) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand ergibt sich aus den laufenden Steuern des Geschäftsjahres (2.982 T€).



(22) Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern belaufen sich auf rd. 60 T€.

(23) Vorschlag der Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 225 T€ soll thesauriert werden.

(24) Gesamtbezüge der Geschäftsführung

Die Gesamtbezüge (Gehalt und Nebenkosten, Sachbezüge) der Geschäftsführung der BGZ betragen 722 T€ in 2023. Die Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen für die Geschäftsführung der BGZ betragen 132 T€ für 2023. Die Gesamtbezüge von Frau Hesse betragen 164 T€, die von Herrn Graf 283 T€ und die von Herrn Köbler 275 T€.

(25) Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

Die Gesamtbezüge (Gehalt und Nebenkosten, Sachbezüge) der Mitglieder des Aufsichtsrats der BGZ betragen 17,9 T€ in 2023. Die Gesamtbezüge von Dr. Julia Hartmann betragen 3,6 T€, die von Dr. Susan Krohn 3,6 T€, die von Lena Wieland 1,5 T€, die von Dr. Martin Hillebrecht Freiherr von Liebenstein 3,6 T€, die von Thomas Klein 3,6 T€ und die von Thomas Tittel 2,0 T€. Der Aufsichtsratsvorsitzende Christian Kühn, MdB, hat für seine Tätigkeit keine Vergütung erhalten.

(26) Honorare des Abschlussprüfers

Auf die Angaben zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese im Konzern-Abschluss der BGZ enthalten sind.

(27) Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres gab es keine Ereignisse von besonderer Bedeutung, die sich auf die Geschäftsfelder der BGZ auswirken.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Bettina Hesse	Vorsitzende der Geschäftsführung Logistikzentrum Konrad, Politik und Kommunikation (seit 01.06.2023)
Wilhelm Graf	Technischer Geschäftsführer Betrieb, Zentrale Dienste, Genehmigungen, Logistik
Lars Köbler	Kaufmännischer Geschäftsführer Controlling, Finanzen, Steuern, Recht, Einkauf, IT, Personalwesen

Aufsichtsrat

Seit dem 08. Februar 2023 hat die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH einen Aufsichtsrat. Die konstituierende Sitzung fand in Berlin statt.

Christian Kühn MdB	Vorsitzender des Aufsichtsrats Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (bis 24.01.2024)
Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB	Mitglied des Aufsichtsrats Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (seit 22.02.2024)
Thomas Tittel	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Leiter des BGZ-Zwischenlagers Grafenrheinfeld (bis 13.08.2023)
Dr. Julia Hartmann	Mitglied des Aufsichtsrats Professorin an der EBS Business School
Dr. Susan Krohn	Mitglied des Aufsichtsrats Ministerialdirigentin im BMUV
Dr. Martin Hillebrecht Freiherr von Liebenstein	Mitglied des Aufsichtsrats

	Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen
Thomas Klein	Mitglied des Aufsichtsrats
	Fachkraft für Arbeitssicherheit der BGZ
	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
	(seit 06.11.2023)
Lena Wieland	Mitglied des Aufsichtsrats
	Leiterin Überwachung in Neckarwestheim und Obrigheim
	(seit 14.08.2023)

Essen, den 8. März 2024

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Stand am 31.12.2023 €
	Stand am 01.01.2023 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen					



	Anschaffungs-/Herstellungskosten				
	Stand am 01.01.2023 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Stand am 31.12.2023 €
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Beteiligungen	5.005,55	18.565,00	0,00	0,00	23.570,55
	5.005,55	18.565,00	0,00	0,00	23.570,55
	5.005,55	18.565,00	0,00	0,00	23.570,55
	Kumulierte Abschreibungen				
	Stand am 01.01.2023 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Abgänge €	Umbuchungen €	Stand am 31.12.2023 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00



	Buchwert 31.12.2023	Buchwert 31.12.2022
	€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	0,00	0,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
	0,00	0,00
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2. Beteiligungen	23.570,55	5.005,55
	23.570,55	5.005,55
	23.570,55	5.005,55

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen, - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Essen, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.



Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus



Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 22. März 2024

Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Richter, Wirtschaftsprüfer

Quost, Wirtschaftsprüfer